

Inanspruchnahme der nahezu unbewohnten Ortslagen Immerath und Lützerath ausgerichtet. Denn nur so wurde es möglich, der noch laufenden Umsiedlung im Norden des Tagebaus, insbesondere der Ortschaft Keyenberg, einen längeren Zeitraum einzuräumen.

Hiermit kommt die Landesregierung einer weiteren Empfehlung der Kommission nach, soziale und wirtschaftliche Härten für die von der Umsiedlung Betroffenen zu vermeiden. Es gibt daher auch keinen Bedarf, die Leitentscheidung der Landesregierung anzupassen. Sie ist heute schon flexibel genug, um auf das Ergebnis der Überprüfung der Bundesregierung im Jahr 2026 reagieren zu können. Die bergbauliche Inanspruchnahme der Ortslage Lützerath ist von der Überprüfung des Ausstiegspfad im Jahr 2026 unabhängig, da sie in dem bis zum 31. Dezember 2022 geltenden Hauptbetriebsplan längst vorgesehen ist.

Im Hinblick auf die bevorstehenden Arbeiten in Lützerath wiederhole ich an dieser Stelle das, was ich im Ausschuss gesagt habe. Die RWE Power AG bereitet die Inanspruchnahme der Ortslage Lützerath sukzessive vor und führt hierzu zunächst Rückbauarbeiten auf eigenen Grundstücken durch. Die dazu erforderlichen Rodungen können innerhalb der jährlichen Rodungsperiode vom 1. Oktober bis zum 28. Februar durchgeführt werden. Da zwischen RWE und einem Landwirt aus Lützerath lediglich eine Einigung über die bergbauliche Überlassung der landwirtschaftlichen Flächen möglich war, nicht jedoch über die Hofstelle, ist ein Grundabtretungsbeschluss ergangen. Die RWE wird zum 1. November 2021 in den Besitz der verfahrensgegenständlichen Grundstücke eingewiesen. Das bedeutet, die RWE Power AG hat das Recht, ab dem 1. November auf diesen Flächen mit dem Rückbau zu beginnen.

Die behördlichen Entscheidungen rund um die Grundabtretung werden gerichtlich überprüft; wir sind im Rechtsstaat. Dass der betroffene Landwirt von der Möglichkeit des Rechtswegs gegen diese Entscheidung Gebrauch macht, ist sein gutes Recht. Das angerufene Verwaltungsgericht Aachen wird zu gegebener Zeit über die vorliegenden Anträge und über die Klage entscheiden. Diese Entscheidung der Justiz sollte dann – auch da kann ich mich nur wiederholen – aber auch von allen Akteuren respektiert werden. – Vielen Dank für Ihre freundliche Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Professor Dr. Pinkwart. – Die Landesregierung hat ihre Redezeit um 1 Minute 55 Sekunden überzogen. Wenn diese Redezeit noch genutzt werden soll, bitte ich um entsprechende Wortmeldungen. – Bevor ich die Debatte schließe und wir zur Abstimmung zu

Tagesordnungspunkt 3 kommen, hat sich auf jeden Fall Herr Kollege Mostofizadeh zur Geschäftsordnung gemeldet.

Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE): Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Während des Redebeitrags des AfD-Abgeordneten hatten wir mehrfach den Eindruck, dass – nach § 36 unserer Geschäftsordnung – Bemerkungen gemacht worden sind, die nicht dem parlamentarischen Gebrauch dienen und die sogar strafrechtlich relevant unserer Fraktion und einzelnen Mitgliedern verfassungsfeindliche Neigungen unterstellten.

Wir bitten, dies ausdrücklich zu prüfen und die gesamte Rede von Herrn Loose zu überprüfen.

Ich weiß, dass wir darüber hier nicht abstimmen lassen können. Aber ich fand, das war jetzt das Mindeste, was nach dieser Rede gesagt werden musste. – Herzlichen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der CDU, der SPD und der FDP)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Mostofizadeh. Es ist übliches parlamentarisches Verfahren hier im Haus, dass wir – egal ob vom Redepult oder auch sonst beantragt – Überprüfungen durchführen. Seien Sie versichert, dass wir das auch tun werden.

Ich frage noch einmal, ob es den Wunsch gibt, das Wort in der Sache noch einmal zu ergreifen. – Das ist nicht der Fall. Dann schließe ich an dieser Stelle die Aussprache zu Tagesordnungspunkt 3 endgültig.

Wir kommen zur Abstimmung. Die antragstellende Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat direkte Abstimmung beantragt. Deshalb stimmen wir jetzt über den Inhalt des gerade debattierten Antrags Drucksache 17/15253 ab. Wer ihm zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Wer stimmt dagegen? – CDU-, FDP- und AfD-Fraktion. Stimmenthaltungen? – Der SPD-Fraktion. Mit dem soeben festgestellten Abstimmungsergebnis ist der **Antrag Drucksache 17/15253** damit **abgelehnt**.

Wir rufen – gemeinsam in der neuen Kombination hier oben – auf:

4 Die Auswirkung der bisher erfahrenen Sozialisation im Herkunftsland muss in Bezug auf die Integrationsarbeit näher beleuchtet werden.

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/15257

Ich eröffne die Aussprache. Als erster Redner hat für die antragstellende Fraktion Herr Abgeordneter Loose das Wort.

Christian Loose (AfD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Gelsenkirchen, 12. Mai 2021: „Kindermörder Israel“ skandierte eine Horde von Menschen, die in Richtung Synagoge marschierte. „Allahu Akbar“ und „Sch...juden“ waren weitere Parolen des Mobs – mitten unter ihnen nicht nur palästinensische Fahnen, sondern auch viele türkische Fahnen.

Hagen, 16. September: Ein 16-jähriger Syrer wurde festgenommen. Grund: Er soll einen Anschlag auf die Synagoge vorbereitet haben. Innenminister Reul wird mit den Worten zitiert, der Tatverdächtige habe eine möglichst volle Synagoge treffen wollen.

Hamburg, 19. September: Mehrere junge Männer stürmten eine proisraelische Mahnwache. Sie riefen widerliche antisemitische Parolen. Anschließend schlug der Täter Aram A. einen 60-jährigen Mann nieder. Folge für diesen Mann: gebrochenes Nasen- und Jochbein. Die Brille des Mannes zerbrach, und ein Splitter ging ins Auge – Krankenhaus, sofortige OP. Das Opfer sagte einer Zeitung – ich zitiere –: Die Netzhaut des Auges könnte sich auch noch ablösen.

All diese Taten der letzten Monate fanden nicht in Damaskus statt; sie fanden nicht im Gazastreifen statt; sie fanden nicht in Teheran statt. Sie fanden mitten unter uns statt. Mitten unter uns!

Doch viele von Ihnen verschließen die Augen vor dieser Art des Antisemitismus. Aber heute wird es Zeit, sich auch mit eingewandertem Antisemitismus zu beschäftigen. Denn nur, wenn man die Ursachen kennt, kann man diese wirksam bekämpfen.

Wir als AfD wollen jeglichen Antisemitismus bekämpfen – egal ob von Rechtsextremen, von Linksextremen oder von religiösen Extremisten. Jeglicher Antisemitismus gehört bekämpft, meine Damen und Herren.

(Beifall von der AfD)

Da reichen keine Lippenbekenntnisse, beispielsweise von Herrn Stamp, keine Regenbogenfahnen, um ein Zeichen gegen Ungarn zu setzen. Nein. Dazu gehört wahrlich kein Mut.

Mutig wäre es vielmehr, wenn Herr Stamp oder Sie, Herr Klocke, bei der Fußball-WM in Katar mit einem Charlie-Hebdo-T-Shirt in Regenbogenfarben auftauchen würden – mitten im Stadion. Dann wären Sie echt mutig, meine Damen und Herren.

Wenn Sie wissen wollen, was homosexuellen Menschen in Ländern wie dem Irak passiert, dann empfehle ich Ihnen den 67-seitigen Bericht von Human Rights Watch über Folter und Morde an Homosexuellen im Irak.

Auf der Welt gibt es viele Länder, in denen der Hass auf Andersdenkende und Andersgläubige der Normalzustand ist – sei es der Hass auf Christen, sei es der Hass auf Juden.

Schauen Sie sich zum Beispiel den Index der Christenverfolgung auf der Internetseite von Open Doors an. Aktuell werden 309 Millionen Christen verfolgt. Die islamistische Gewalt hat die Subsahara-Region zur tödlichsten Region für Christen gemacht. Auch der religiöse Nationalismus durch Regierungen oder durch Mehrheitsreligionen nimmt immer weiter zu.

Wenn Sie sich die Länder anschauen, in denen die Christenverfolgung besonders extrem ist, sehen Sie, dass dort auf vorderen Plätzen folgende Länder auffallen: Afghanistan, Eritrea, Irak, Iran, Nigeria, Pakistan, Somalia und Syrien. In diesen Ländern ist die Christenverfolgung extrem.

Wir können davon ausgehen, dass die Menschen in diesen Ländern Christen- und Judenhass als Normalzustand erleben: Afghanistan, Eritrea, Irak, Iran, Nigeria, Pakistan, Somalia und Syrien.

Wenn Sie sich diese Länder anschauen, erkennen Sie, dass es sich um die Top-8-Herkunftsländer der Asylbewerber handelt. Aus diesen Ländern kamen 2021 mehr als 80 % der Asylbewerber. Die gesellschaftliche, familiäre und kulturelle Prägung dieser Asylbewerber fand in den Ländern statt, die Juden- und Antisemitismus als Normalzustand empfinden.

Vor dieser Tatsache dürfen wir doch nicht unsere Augen verschließen. Deshalb muss die Landesregierung endlich ihre Hausaufgaben machen und hierfür eine unabhängige Studie in Auftrag geben. Es muss endlich erforscht werden, wie sich diese gesellschaftliche Prägung der Herkunftsländer auf die Integration auswirkt. Denn eine Integration kann nur funktionieren, wenn man nicht die Augen vor den Problemen verschließt. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Loose. – Als nächste Rednerin hat für die Fraktion der CDU Frau Kollegin Wermer das Wort. Bitte sehr, Frau Abgeordnete.

Heike Wermer (CDU): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Erst gestern ging auf Twitter und sonstigen sozialen Medien ein Video viral – ein Video, in dem uns der deutsche Musiker Gil Ofarim erklärt, wie er in und vor allem von einem Leipziger Hotel antisemitisch beleidigt wurde. Dabei müssen bei uns allen die Alarmglocken schrillen. Antisemitismus ist keine Randerscheinung. Er ist leider Alltag für die vielen Menschen jüdischen Glaubens in Deutschland.

Aber niemand, wirklich niemand darf den Glauben von Bürgerinnen und Bürgern für seine politischen Zwecke instrumentalisieren, erst recht nicht die AfD. Wir dürfen nicht zulassen, dass eine Partei, vor der über 60 jüdische Organisationen warnen, vor der Schwulen- und Lesbenverbände warnen, vor der die Kirchen und Islamverbände in Deutschland warnen, hier in unserem Parlament Menschen gegeneinander aufbringt.

(Sven Werner Tritschler [AfD]: Wegsperrten!)

Vor knapp zehn Tagen wurde ein Mitglied der nordrhein-westfälischen AfD in den Bundestag gewählt: Matthias Helferich, der sich selbst als das – ich zitiere – „freundliche Gesicht des NS“ bezeichnet, als einen „demokratischen Freisler“. Warum macht die NRW-AfD dagegen nichts? Wieso kommt dazu nichts?

(Beifall von der CDU, der SPD und den GRÜNEN)

Eine Partei mit einem Ehrenvorsitzenden, der den Holocaust als einen – ich zitiere – „Vogelschiss in unserer Geschichte“ umschreibt! Mit ihrem Spitzenkandidaten Tino Chrupalla finden wir einen Akteur vor, der jüdische Organisationen wie den Zentralrat der Juden als Minderheitsmeinungen unserer Gesellschaft in Abrede stellt. Und die AfD stellt sich allen Ernstes hier vor uns und erklärt in einem Antrag, was gegen Antisemitismus und Gewalt gegenüber Christen und gegenüber Homosexuellen gemacht werden muss?

(Lachen von der AfD)

Meine Damen und Herren, als CDU und FDP kämpfen wir gegen jede Form von Diskriminierung und Rassismus mit politischen Mitteln – gegen deutschen, gegen islamischen Antisemitismus. Wir richten unsere Politik danach aus, zum Beispiel bei den Integrationskursen in unserer Justiz. Unser Integrationsminister Dr. Joachim Stamp zeigt Courage gegen Gefährder. Unser Innenminister Herbert Reul arbeitet vehement gegen alle Formen des Extremismus. Mit der Meldestelle Antisemitismus wollen wir weiter konsequent gegen dieses große Problem unserer Zeit vorgehen. Dazu gehört auch die stärkere Wertevermittlung als Schritt hin zur Integration. Menschen, die zu uns kommen, müssen wissen, welche Werte uns einen, aber auch, wo für uns die roten Linien sind.

Hierfür setzt sich die NRW-Koalition ein. Deshalb brauchen wir keinen moralischen Zeigefinger von einer Partei, die Menschen und deren Herkunft und Glauben vorschiebt, um Flüchtlinge kollektiv unter Verdacht zu stellen.

(Beifall von der CDU)

Wir stehen für eine Gemeinschaft in Freiheit, Respekt, Religionsfreiheit und Sicherheit ein. Danach orientieren wir unsere Politik. Anders als die AfD schü-

ren wir keine Angst. Angst macht keine Politik. Wir lehnen den Antrag ab. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU, der FDP und den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Kollegin Wermer. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der SPD Herr Abgeordneter Yetim das Wort. Bitte sehr, Herr Kollege.

Ibrahim Yetim (SPD): Frau Präsidentin! Kolleginnen und Kollegen! Seit Anfang der Legislaturperiode ist die AfD auch hier bei uns. Sie werden jetzt etwas erleben, was ich noch nie getan habe: Ganz herzlichen Dank an die AfD-Fraktion, dass Sie hier auf ein so wichtiges Thema aufmerksam machen.

Die Sozialisation schon in jungen Jahren spielt nämlich tatsächlich für unseren gesamten Lebensweg eine sehr prägende Rolle. Ich werde an dieser Stelle aber keine Lexikonartikel herunterbeten. Das können Sie ja dem Eingangstext des AfD-Antrags entnehmen. Wir wollen uns lieber dem eigentlichen Problem widmen.

Die Auswirkungen der bisher erfahrenen Sozialisation in rechten Milieus muss in Bezug auf deren Gefahr für unsere Demokratie näher beleuchtet werden. Die AfD erklärt nämlich in ihrem Antrag, dass die Sozialisation bis zum 20. Lebensjahr, eigentlich schon bis zum 12. Lebensjahr, ausdifferenziert ist. Charakter, Temperament und Persönlichkeit sind danach kaum noch zu verändern.

Kolleginnen und Kollegen, nach dieser Theorie sind die meisten AfD-Mitglieder in einem Alter, in dem ihre Persönlichkeit, ihr Wertebild, oftmals abgeschlossen und nur noch schwer, wenn überhaupt, veränderbar war und ist. So wird nämlich ein mögliches Gefahrenpotenzial für unsere Gesellschaft sichtbar, welches sich durch die große Personenzahl und die teils konkurrierenden Gruppen noch verschärft.

Es stellt sich also die Frage: Besteht unter den AfD-Mitgliedern überhaupt die Bereitschaft dazu, sich von ihren eigenen Werten, ihrer Sozialisation, im erforderlichen Maße loszusagen, was aber wiederum eine kritische Reflexion der eigenen Werte voraussetzt?

(Beifall von der SPD – Zuruf von Helmut Seifen [AfD])

Und was passiert, wenn dann auch noch ein entsprechender Veränderungsdruck ausbleibt, weil Hass und Hetze sowie das Verbreiten von verdrehten Tatsachen und Falschbehauptungen wieder gesellschaftsfähig werden?

Kolleginnen und Kollegen, diese Fragestellung müssen wir im Rahmen eines friedlichen Zusammen-

lebens in Deutschland intensiver als bisher thematisieren. Denn wer sich in rechten Strukturen bewegt, ist häufig islamfeindlich, antisemitisch und demokratiefeindlich und pflegt einen inakzeptablen Umgang mit der LSBTIQ*-Community.

Ich stelle also fest:

Erstens. Die AfD weist eine hohe Intoleranz gegenüber Menschen mit Migrationshintergrund auf.

Zweitens. Die vielen Menschen mit rechter Gesinnung innerhalb dieser Partei zeigen sich teils antisemitisch und rassistisch und pflegen eine feindliche Haltung gegenüber Andersdenkenden.

Drittens. Menschen, die sich in rechten Milieus sozialisiert haben, sind antidemokratisch, gewaltaffin und eine Gefahr für unseren Rechtsstaat.

Kolleginnen und Kollegen, um Nebenwirkungen und Risiken zu vermeiden, fordere ich Sie alle auf, in Ihrem persönlichen Umfeld, Ihrem Bekanntenkreis, besonders aufmerksam zu sein. Denn eine von unserem Wertesystem abweichende Sozialisation in rechten Strukturen hat schwerwiegende Folgen für uns alle. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD, Jens Kamieth [CDU], Heike Wermer [CDU] und Berivan Aymaz [GRÜNE])

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Yetim. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der FDP Herr Abgeordneter Kollege Lenzen das Wort.

Stefan Lenzen (FDP): Frau Präsidentin! Meine verehrten Kolleginnen und Kollegen! Menschen fliehen vor Verfolgung und Unterdrückung; sie fliehen, weil sie anders glauben, anders lieben, anders denken als die herrschende Klasse dort. Gerade diesen Menschen zu unterstellen, sie seien intolerant, ist schon eine gewagte These.

Antisemitismus, Homophobie, Frauenfeindlichkeit – etwas, was Sie in Ihrem Antrag in einem Halbsatz thematisieren – und jedweder anderen Art von Hass und Ablehnung müssen wir aufs Schärfste begegnen. Dabei spielt es keine Rolle, ob diese Feindlichkeit von Flüchtlingen, von Deutschen oder von AfD-Mitgliedern ausgeht. Sie ist und bleibt inakzeptabel.

Es gibt einen zentralen Unterschied zwischen uns Demokraten und den Antragstellern: Wir stehen für eine weltoffene, vielfältige und tolerante Gesellschaft, und wir verteidigen diese.

Wir haben in NRW die Meldestelle Antisemitismus geschaffen, mit Frau Leutheusser-Schnarrenberger eine großartige Antisemitismusbeauftragte und die Wertevermittlung als zentrales Element der Integrationsarbeit eingeführt.

Wir werden aber niemals jeden Menschen unter Generalverdacht stellen, weil er aus einem Land mit einem verbrecherischen Regime oder aus einer von Gewalt und Intoleranz geprägten Gesellschaft kommt. Das haben wir nach 1945 und auch nach 1989/90 nicht getan. Für uns zählt der Einzelne. Dabei ist für uns eben nicht entscheidend, woher jemand kommt, sondern, wo jemand mit uns hin will. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP und Dr. Ralf Nolten [CDU])

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Lenzen. – Als nächste Rednerin hat für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Frau Kollegin Abgeordnete Aymaz das Wort. Bitte sehr.

Berivan Aymaz (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen der demokratischen Fraktionen! Der vorliegende Antrag der AfD betreibt zum einen wieder einmal die Legendenbildung einer sogenannten unkontrollierten Asylmigration, und zum anderen werden wieder einmal geflüchtete Menschen unter Generalverdacht gestellt. Mit pauschalisierenden Aussagen wird Menschen, die hier Schutz suchen, eine Demokratieunfähigkeit unterstellt. Somit werden sie unter Generalverdacht gestellt.

Ich finde sehr interessant, dass es im Antrag heißt, bei den Hauptherkunftsländern der Asylsuchenden handele es sich um Staatswesen fern von Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechten. Spannend! Genauso ist es; ich sehe das genauso. Aber nach dieser Aussage müssten Sie doch eigentlich tagtäglich dafür plädieren, dass die Menschen, die aus diesen Ländern kommen, hier auch Schutz finden,

(Gabriele Walger-Demolsky [AfD]: Nein, sicher nicht! – Sven Werner Tritschler [AfD]: Nein!)

und nicht täglich für die Abschiebung und Diskriminierung dieser Menschen hetzen.

(Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Wie verlogen dieser Antrag ist, macht sich nicht nur in dieser Äußerung bemerkbar. Verlogen ist dieser Antrag natürlich auch, weil die AfD versucht, sich darin zum Hüter von Jüdinnen und Juden und von Demokratie zu machen – eine Partei, die die NS-Zeit als „nur ein Vogelschiss in der deutschen Geschichte“ bezeichnet hat. Verlogen ist dieser Antrag auch deshalb, weil es doch gerade die AfD war, die in diese Staaten, nach Syrien, gereist ist, um mit dem menschenrechtsverachtenden Assad-Regime zu kuscheln. Und jetzt kommen Sie an und sagen, die Menschen aus diesen Ländern könnten überhaupt nicht demokratiefähig sein.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der AfD geht es natürlich nicht um Demokratie, und der AfD geht es nicht um Menschenrechte.

Dass die Herkunft von Menschen allein kein Indiz dafür sein kann, dass sie demokratie- und menschenverachtend sind, ist ja klar. Ebenso ist die Herkunft auch kein Garant dafür, dass man sich zu einem Demokraten entwickelt. Die beste Bestätigung dafür ist, wie ich finde, die AfD selbst.

(Beifall von den GRÜNEN, Romina Plonsker [CDU], Heike Wermer [CDU] und Regina Kopp-Herr [SPD])

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Abgeordnete Aymaz. – Als nächster Redner hat für die Landesregierung Herr Minister Dr. Stamp das Wort.

Dr. Joachim Stamp, Minister für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Diesen Antrag braucht es, wie so oft, nicht. Es werden viele verschiedene Annahmen getroffen, von denen wir wissen, dass sie grundsätzlich falsch sind.

Ich nenne nur die Behauptung, die Wertvorstellungen eines Menschen seien mit der Vollendung des 20. Lebensjahres mehr oder weniger unveränderlich festgelegt. Wir wollen nicht hoffen, dass Sie das für sich selbst auch so annehmen. Jedenfalls wissen wir, dass das falsch ist und den wissenschaftlichen Erkenntnissen wirklich grundlegend widerspricht. Und so setzt sich das fort.

Verschiedene Rednerinnen und Redner haben in der Debatte schon darauf hingewiesen, dass wir auch die von Ihnen vorgetragene Argumentation, Sie würden sich hier gegen den Antisemitismus engagieren wollen, als absolut unglaublich zurückweisen müssen.

(Zuruf von Helmut Seifen [AfD])

Es ist das Beispiel von der Schoah als Fliegenschiss in der deutschen Geschichte genannt worden.

(Sven Werner Tritschler [AfD]: Blödsinn! Davon hat niemand etwas gesagt!)

– Das ist von Ihrem Ehrenvorsitzenden formuliert worden.

Das ist so unterirdisch, dass wir als Landesregierung über diese Stöckchen, die Sie uns permanent hinhalten, wirklich nicht springen müssen. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP und der CDU – Vereinzelt
Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Minister Dr. Stamp. – Liebe Kolleginnen und

Kollegen, als Nächster hat für die Fraktion der AfD Herr Abgeordneter Seifen das Wort.

Helmut Seifen* (AfD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ihre Anwürfe gegen den von der AfD eingebrachten Antrag offenbaren Ihren Willen, weiterhin die Augen vor den Problemen zu verschließen, die mit dem Zuzug einer großen Zahl von Menschen aus aufklärungsfremden Kulturräumen mit nach Deutschland einwandern. Sie weigern sich beharrlich, anzuerkennen, dass sich soziale Konflikte ergeben müssen, wenn Menschen Gruppen auf engstem Raum zusammenleben, deren mentale, soziale und kulturelle Referenzrahmen sich fundamental voneinander unterscheiden und kaum Schnittmengen aufweisen.

Die aufklärerisch geformte europäische Gesellschaft hat das Patriarchat überwunden, die Vorherrschaft der Kirche und der Religion gebrochen und Moralvorstellungen nach dem Prinzip freiheitlicher Selbstverwirklichungsideen umgewandelt. In diese Gesellschaft wandern nun Menschen ein, deren Gesellschaften diesen Aufklärungsprozess nicht durchlaufen haben, in denen immer noch das Patriarchat das Fundament der Gesellschaft bildet, die Religion das Leben der Menschen und Staaten leitet und Moralvorstellungen kollektiv gesetzt und religiös untermauert sind. Selbstverwirklichung hat dann in der Erfüllung dieser Moralvorstellungen zu geschehen – und nicht in der Entfaltung des persönlichen Potenzials.

Diese Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen führt kaum zu Konflikten, wenn sie in verschiedenen Räumen der Erde existiert. Sie führt aber unweigerlich zu Friktionen, wenn Menschen, die aus solch unterschiedlichen sozialen Prägungen kommen, gemeinsam das Zusammenleben in einer Gesellschaft gestalten müssen. Das hat ja sogar Frau Göring-Eckardt erkannt, die sagt: Wir müssen das Zusammenleben täglich neu aushandeln.

Betroffen sind davon übrigens vor allen Dingen auch junge Frauen aus eingewanderten Familien, die sich aus ihrer angestammten Lebenswelt entfernen, um für sich die Selbstverwirklichungsangebote der westlichen Lebensgestaltung anzunehmen. Im Extremfall fallen sie dann einem Mord zum Opfer, der von den eigenen Verwandten ausgeführt wird.

Wir verurteilen solche Taten als den Ausdruck einer tief sitzenden Erbarmungslosigkeit gegenüber einem Menschen, der seine Freiheit leben will.

Sie müssen hier im Rund aufpassen, ob Sie sich nicht zu Spießgesellen dieser Erbarmungslosigkeit machen, wenn Sie nicht dagegen vorgehen.

(Beifall von der AfD)

Die Mörder und ihre Familien jedoch werden gefeiert, und der Mord wird als Ehrenmord verharmlost. Wenn die Einschätzungen bei solch einem Verbrechen so

diametral auseinandergehen, dann müssen Sie doch darüber nachdenken, dass sich hier Probleme des Zusammenlebens zusammenbrauen, die für eine Gesellschaft gefährlich werden können.

Sie können das dann doch nicht so verharmlosen, wie Sie es gerade getan haben, und als Ersatz dafür den ewigen Sündenbock beschimpfen, den Sie nun einmal gefunden haben, nämlich die AfD.

(Beifall von der AfD – Zuruf von der SPD: Aber wenn es doch stimmt!)

Wie gefährlich das alles ist, hat Herr Kollege Loose gerade vorgelesen. Wir haben ja hier nur eine begrenzte Zeit. Sonst könnten wir auch eine Stunde darüber reden.

Dass wir alle Zugezogenen generell kriminalisieren, ist doch gar nicht wahr. Darum geht es doch überhaupt nicht. Es geht in unserem Antrag darum, eine Studie anfertigen zu lassen, in der genau das untersucht wird, Herr Stamp. Dann könnten Sie auch einmal Ihre Ressentiments uns gegenüber aufgeben. Das ist nämlich der Punkt.

Dem müssten Sie doch zustimmen. Sie wollen ja auch wissen, was los ist. Oder wollen Sie das gar nicht? Wollen Sie blind bleiben, damit Sie Ihre alte Spur weiterführen können? Das kann ich wirklich nicht glauben, Herr Stamp. Sie sind doch Minister und sorgen für uns.

(Das Ende der Redezeit wird signalisiert.)

Ich bin jetzt am Ende.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Hoffentlich!)

Sie verschließen weiterhin die Augen vor der Angleichungsaufgabe, die wir leisten müssen, damit wir ein Land gestalten, in dem gesellschaftlicher Frieden herrscht. Werden Sie endlich sehend. Stimmen Sie dem Antrag zu, damit diese Studie angefertigt werden kann. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Seifen. – Für die Landesregierung hat nun Herr Minister Dr. Stamp das Wort.

Dr. Joachim Stamp, Minister für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich will nur ganz kurz richtigstellen: Es geht nicht um ein Ressentiment gegenüber der AfD, sondern um meine Erfahrungswerte, die ich mit Auftritten wie gerade von Herrn Seifen und vor allem den permanenten, unerträglichen Zwischenrufen, die ich hier auf meinem Platz regelmäßig hören muss, nun einmal einfach habe.

(Zuruf von Sven Werner Tritschler [AfD] – Christian Loose [AfD]: Bei der ersten Rede waren Sie gar nicht da!)

Dementsprechend ist mir die Einordnung Ihrer Politik auf der Basis dessen, was Sie in diesem Hause von sich geben, schon möglich. Das ist dann kein Ressentiment, sondern es ist einfach belegt, dass Sie spalten.

(Zuruf von Christian Loose [AfD])

Wir wissen auch von Ihren Anhängern, wie Sie im Netz hetzen. Dementsprechend brauchen wir hier keine moralischen Belehrungen. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU, der SPD, der FDP, den GRÜNEN und der Regierungsbank)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Minister Dr. Stamp. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. – Daran ändert sich auch nichts. Damit sind wir am Schluss der Aussprache zu Tagesordnungspunkt 4 angelangt.

Wir kommen zur Abstimmung. Die antragstellende Fraktion hat direkte Abstimmung beantragt. Somit darf ich fragen, wer dem Inhalt des Antrags Drucksache 17/15257 zustimmen möchte. – Das sind die Abgeordneten der AfD-Fraktion. Wer stimmt dagegen? – Das sind die Abgeordneten der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen. Gibt es eine Kollegin oder einen Kollegen, die oder der sich der Stimme enthalten möchte? – Das ist erkennbar nicht der Fall. Dann stelle ich fest, dass der **Antrag Drucksache 17/15257** mit dem festgestellten Abstimmungsverhalten **abgelehnt** wurde.

Wir kommen zu:

5 „Live aus der Leitstelle“: Schnelle, zuverlässige und glaubwürdige Warnhinweise im Radio bei Gefahrenlagen gewährleisten!

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/15215

Entschließungsantrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/15304

Ich eröffne die Aussprache und erteile für die antragstellende Fraktion der CDU Frau Abgeordneter Kollegin Stullich das Wort. Bitte sehr.

Andrea Stullich (CDU): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Radio kann rechtzeitig warnen und Leben retten. Das ist – auf